Rückenwind für Staatsgläubige und Identitätspolitiker

Im Windschatten aktueller Probleme treibt die Ampel ihre politischen Projekte zum Umbau des Staates voran. Große öffentliche Diskussionen darüber finden nicht statt. „Mehr Staat" und ungebremste Ausgabefreuden auf Kosten der Steuerzahler sind zwei der Folgen, die uns in Zukunft erwarten. Und zudem eine an Minderheiten orientierte Gesellschaftspolitik.

In einem so schwierigen Umfeld hat seit den 1960er-Jahren noch keine neue Regierung ihr Amt angetreten wie die Ampel-Koalition vor knapp einem Jahr. Anfang Dezember 2021 war die Corona-Pandemie noch nicht abgeklungen, stiegen die Preise bereits deutlich an und zeigten sich Schwierigkeiten in vielen Lieferketten. Dann kam im Februar der russische Überfall auf die Ukraine dazu – mit all seinen Folgen für die Energiepreise, die Sicherheitspolitik, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die Flüchtlingszahlen.

SPD, Grüne und FDP hatten sich bessere Rahmenbedingungen für ihre „Fortschrittskoalition" gewünscht; sie hätten dem Land ebenfalls gutgetan. Doch das Leben ist bekanntlich kein Wunschkonzert. Seit dem Ausbruch der Pandemie war das Politikerleben – jedenfalls das der jeweils Regierenden – kein ungetrübtes Vergnügen. Da bietet der Kalenderspruch, wonach in jeder Krise eine Chance stecke, wenig Trost. Es gibt auch Chancen, auf die man gerne verzichten würde – wenn man könnte.

Krise als Chance für grundlegende Veränderungen

Gleichwohl bieten die aktuellen Krisen staatsgläubigen Politikern – ob mit rotem, dunkelrotem oder grünem Parteibuch – ungeahnte Chancen. Schon die Große Koalition griff während der Pandemie massiv ins Wirtschaftsgeschehen ein. Der Staat unterstützte Unternehmen wie Selbstständige, stundete Steuerschulden, bürgte für Kredite, gewährte Leistungen wie Hartz IV, ohne die tatsächliche Bedürftigkeit zu prüfen. Das alles war für eine befristete Zeit richtig und notwendig. Doch wurden die meisten Maßnahmen wegen der wirtschaftlichen Folgen des Ukrainekriegs verlängert. Neue, sehr teure kamen hinzu.

Allein die drei Entlastungspakete haben ein Volumen von 95 Milliarden Euro. Hinzu kommt der „Doppelwumms", um die infantile Sprache des Kanzlers aufzunehmen, von 200 Milliarden Euro für die Gas- und Strompreisbremse. Nicht alles, was beschlossen und weitgehend mit der Gießkanne über Bedürftige wie Gutsituierte ausgeschüttet wurde, war von Dauer. Der Tankrabatt aus dem Sommer, an dem sich SUV-Fahrer wohl am meisten erfreuten, ist wieder verschwunden. Doch das 9-Euro-Ticket, ursprünglich auf drei Monate angelegt, kommt als 49-Euro-Ticket zurück – und zwar auf Dauer. Da wird es nicht lange dauern, bis die Rufe nach einer Reduzierung laut werden.

Vom selbstständigen zum betreuten Bürger

Wer schon im Frühsommer darauf hingewiesen hatte, dass sich diese ungebremste Ausgabenfreude im Namen der sozialen Gerechtigkeit kaum mehr zurückdrehen lassen werde, sieht sich längst bestätigt. Viele Ausnahmen und Erleichterungen bei